

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Expeditionschef: Tagesblatt Riesner.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Circulanz Riesner Nr. 22

Nr. 261.

Freitag, 7. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Kewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Nichtzählige Anzeigengebühren: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

## Dringende Wirtschaftsfragen.

Das Reichskabinett über Steuerermäßigungen, Personalabbau, Teuerungsmittelhilfe und Finanzausgleich.

« Berlin. Das Reichskabinett befaßte sich in seiner Sitzung vom 6. November mit einer Reihe dringender Fragen, deren Lösung auf dem normalen gesetzlichen Wege durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden ist. Unter Zugrundelegung der Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Luther führten die Verhandlungen zu folgendem einstimmig festgestellten Ergebnis: In der auf Antrag des Finanzministers vom Kabinett bereits grundsätzlich beschlossenen Steuerermäßigung erblüht das Reichskabinett nur einen Teil der durchgeführten Reformarbeiten, die sofort in Angriff genommen werden müssen, nachdem durch die Verwirklichung der 800 Millionen Goldmarkenleihe die Ausführung des Sachverständigenratsgutachtens gesichert ist. Ein Teil der erforderlichen Maßnahmen kann auf dem Verwaltungswege schon jetzt getroffen werden, ein anderer soll soweit vorbereitet werden, daß er durch die künftige Reichsregierung dem neuen Reichstag sofort zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Im Verwaltungsweg sollen die Schutzbestimmungen und Abänderungen auf dem Gebiete des Personalabbaues, welche der Reichstag in Aussicht genommen hatte, durchgeführt werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Insbesondere soll mit Ablauf dieses Kalenderjahres der allgemeine Abbau eingeleitet werden. Nur noch bei einzelnen Verwaltungen, die bisher im Abbau behindert waren, soll mit Zustimmung des Reichsrates und des Hauptauschusses des Reichstages ein weiterer Abbau stattfinden.

Die Reichsregierung wird ihre Bestrebungen auf Senkung der Preise weiter fortsetzen, weil sonst alle Vermögenswerte eine endgültige Wertminderung der Gehalts- und Lohnempfänger erleiden würden. Außerdem beschließt die Reichsregierung eine maßvolle allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter zum Zwecke einer weiteren Annäherung an die Friedensnominalgehälter sobald wie möglich durchzuführen. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Vereinigung der Auslandsanleihe von 800 Millionen Goldmark, die Wiederherstellung der handelspolitischen Freiheit des Reiches, endlich die Tatsache, daß die uns vom Ausland auferlegten Lasten jetzt einigermaßen übersehen werden können, hatten unumkehrbar die Möglichkeit geschaffen, auch einer Milderung der durch den Kriegsausgang und die Geldentwertung hervorgerufenen Not zu näherzutreten. Dabei kann nimmermehr über die früher in Aussicht genommene Begrenzung auf bedürftige Kreise im Rahmen des wirtschaftlich zulässigen hinausgegangen werden. Die beschlossene Vorklage unterlegen der Prüfung der Reichsregierung. Euphorische Gewinner sollen dabei ausgeschlossen werden.

Die Forderungen aus diesen Maßnahmen für die Länder und Gemeinden zu ziehen, wird erst möglich sein, wenn über den Finanzausgleich durch den neuen Reichstag endgültig entschieden ist, da der jetzige Einzahlungsstand einer Reihe von Gemeinden durchaus vorübergehender Natur sein dürfte. Die Reichsregierung erwartet, daß auch diese Maßnahmen zur Gelandung des Volks- und Wirtschaftslebens beitragen werden.

## Stresemann und die Demokraten.

Dessau. Auf Einladung der Deutschen Volkspartei sprach gestern Reichsaussenminister Dr. Stresemann in den beiden größten Sälen der Stadt über die politische Lage. In seiner auf den Gedanken an seine frankfurter Ausführungen aufgebauten Rede wandte er sich besonders gegen die Kritik, die von demokratischer Seite an seiner Politik geübt wird. Man stelle seine Politik hin als eingeleitet von Opportunisten. Seine Außenpolitik sei erzwungen worden gegen die öffentliche Meinung, die erst nach langem Kampfe die Zwei-Drittel-Mehrheit des Reichstages für die Annahme der Damesgehege ergeben habe. Es gebe keine demokratische und keine konservative Außenpolitik, sondern es könne für jeden Außenminister nur eine Außenpolitik geben, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes wahre, indem sie sich weder von der Illusion einer Macht- und Revanchepolitik, noch von der Illusion einer allgemeinen Völkerbrüderlichkeitspolitik leiten lasse. In Bezug auf die innere Politik wies der Außenminister darauf hin, daß in der Frage der Rechtsverweiterung keine demokratischen Ministerkollegen den gleichen Standpunkt vertreten hätten wie er selbst. Wollten die Demokraten also objektiv sein, so müßten sie die Angriffe, mit denen sie ihn überschütteten, auch gegen ihre eigenen Vertrauensmänner im Kabinett richten.

## Die Hilfe für die Ueberflutungsgebiete.

Die preussische Staatsregierung hat sich dem Oberpräsidenten von Coblenz telegraphisch bereit erklärt, finanzielle Mittel für die von der Ueberflutung betroffenen Gebiete zur Verfügung zu stellen. Auch die Reichsregierung steht, wie wir von unterrichteter Seite hören, auf dem Standpunkt, daß alles geschehen muß, was möglich ist, um die Hochwasserbeschädigten zu mildern. Wenn auch die Abhilfemaßnahmen zunächst zur Aufgabe der Länder und Gemeinden gehören, so wird doch auch in der Reichsregierung erwogen, Mittel des Reichs zur Unterstützung zu geben. Ferner werden Beratungen gepflogen, wie weit durch eine private Sammelaktion, die vom Reich in die Wege geleitet wird, der bedrängten Bevölkerung geholfen werden kann.

## Der Wahlaufruf an das Landvolk.

Der Reichslandtag erläßt einen Wahlaufruf, in dem er im neuen Reichstag eine ausschlaggebende deutschbewusste Mehrheit als sichere Grundlage einer deutschbewussten Regierung fordert. Dieses Ziel sei nur erreichbar, wenn das deutsche Landvolk sich nicht zerplittere, sondern geschlossen ohne Daddel, Nörgeln und Schwanken zusammensteht und seine Stimmen nur solchen Parteien und Persönlichkeiten gibt, die offen kämpfen unter unserer alten Farben schwarz-weiß-rot. Das deutsche Landvolk wolle nicht Stiefkind der Politik sein in einem international geführten Staat. Das Gelingen des Landvolkes ist untrennbar verbunden mit dem Gesamtwohl des deutschen Volkes. Nicht die Bestrebungen des internationalen Weltmarktes und die Ziele einer international geleiteten Weltwirtschaft sollen künftighin in Deutschland ausschlaggebend sein, sondern auf blühendem, aufnahmefähigem Binnenmarkt und auf gesicherter Eigenproduktion soll sich das staatliche und wirtschaftliche Leben aufbauen.

Der Bundesvorstand und die Vertreterversammlung des Reichslandvolkes erwarten, daß am Wahltag das deutsche Landvolk seine vaterländische Pflicht tut bis zum letzten Wahlberechtigten. „Männer und Frauen vom ersten Hof, jeder wahlfähige Nichtwähler ist ein Defektor, gegen internationale und Klassenkampf! für nationale und christliche Volksgemeinschaft! Deutschbewusste Führer unter schwarz-weiß-rot, das ist die Lösung für das deutsche Landvolk!“

## Ein warmherziger Appell an die Wähler.

Gegen die Uneinigkeit der politischen Parteien.

Dr. Freiherr v. Wangenheim, Franz Behrens und Friedrich Carl v. m. Brudt erlassen gemeinsam einen Aufruf „Zur Sammlung und gegen den Parteihader“, dem wir folgendes entnehmen: „Die Entscheidung, vor welcher uns diese Wahl stellt, ist nicht weniger groß als diejenige, vor der Deutschland am Beginn des Weltkrieges stand: Aufstieg oder endgültiger Untergang. Denn auch heute nun bei dieser Lage unsere Parteien in aller, eht deutscher Uneinigkeit sich noch nicht zu dem Entschluß durchringen können, für die Wahlen einen Gottesfrieden zu schließen über den großen nationalen Geboten der Stunde, die sie einen mühe, zu vergeffen, was sie trennt, dann muß das deutsche Volk in allen seinen Ständen sie an ihre Pflicht erinnern, muß von ihnen verlangen und nötigenfalls erzwingen, daß sie in dieser Stunde über ihre kleintlichen Parteizwistigkeiten hinweg zu gehen und sich zu gemeinsamen, planmäßigen Kämpfen gegen ihre und des Vaterlandes Feinde, nur besetzt von dem Gedanken an die Rettung des Vaterlandes. Keine Hilfe und keine Stimme denjenigen Parteien, welche sich dieser Notwendigkeit nicht fügen — jedes Opfer für die Vertretung einer großartigen nationalen Politik, das muß die Parole für uns alle sein. Keiner darf bei der beabsichtigten Wahl fehlen! Wer dieses Mal fernbleibt, trägt dazu bei, internationalen Mächten auch fernherhin den entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik zu bewahren und damit den Lebensweg des deutschen Volkes zu verlängern. Erhebt eure Stimme, ihr alle, die ihr für euer Vaterland gekämpft und gelitten habt und noch kämpft und leidet! Reigt unser deutsches Volk in dem Sturm der Begeisterung und in dem unüberwindlichen Willen zur Einigkeit empor aus dumpfer Verzweiflung und Verunsicherung, empor zu Gottes Sonne, die uns und unserem Vaterland neu strahlen wird, wenn wir die Rebell scheuchen, welche sie heute verhallen. Noch ist unser Vaterland und ist unser Volk nicht verloren, wenn es sich nicht selbst verloren gibt, wenn es keine Lage und keine Feinde klar erkennt und seine Kraft gebraucht im vollen Bewußtsein seiner vaterländischen Pflicht.“

## Zur Stellung der deutschen Kriegszahlungen.

Paris. (Funkpruch.) Gestern wurde unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Herriot eine Konferenz abgehalten, die sich mit den Fragen beschäftigte, die augenblicklich die alliierten Finanzachverständigen zur Vorbereitung der Konferenz der alliierten Finanzminister zu regeln versuchen. Hierzu schreibt Matin, das Ergebnis der Konferenz stelle sich ganz verschieden, je nachdem man rechnet. Die Belgier und Franzosen wollten den Wert der Sachlieferungen, die sie seit Januar 1923 erhalten hätten, für sich behalten und den Betrag an Zahlungen bezüglich der Befugnisse an Belgien auf Grund des diesem zustehenden Vorkriegsrechtes abliefern. Andererseits sei die Frage des Verteilungsschlüssels neu zu regeln. Nach dem Sachverständigenplan habe man von Deutschland etwa 24 Milliarden Goldmark zu erwarten. Hieron ständen Belgien 8 Prozent, also 2720 Millionen Goldmark, zu, von denen es bereits 2 Milliarden erhalten habe. Nachdem Belgiens Anteil ausgezahlt sei, müßte der Anteil der übrigen Mächte entsprechend erhöht werden, aber England schlage nun vor, daß Belgien seine Kriegsschulden an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten zurückzahlen habe. Diese Summe sei sehr hoch, deshalb wäre es vielleicht gut, auf die Hälfte dieser Summe zu verzichten. Alle diese Probleme würden nach dem Matin im Augenblick durch die französische Regierung und die alliierten Sachverständigen erörtert, jedoch nicht angenommen sei, daß die vorgesehene Konferenz vor dem 10. Dezember zusammenetrete.

## Baldwins neues Ministerium.

(London. Das Kabinett ist wie folgt gebildet worden:

Ministerpräsident: Baldwin.  
Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten: Austen Chamberlain.  
Schatzkanzler: Churchill.  
Vizepräsident des Geheimen Rates: Curzon.  
Staatssekretär für den Krieg: Sir Worthington Evans.  
Erster Lord der Admiralität: Bridgeman.  
Staatssekretär für Luftfahrt: Sir Samuel Hoare.  
Staatssekretär für Indien: Lord Birkenhead.  
Staatssekretär für die Kolonien: Lord Amery.  
Staatssekretär für Inneres: Sir Johnston Dicks.  
Staatssekretär des Arbeitsamts: Sir Steele Mackay.  
Staatssekretär des Handelsamts: Sir Lloyd George.

Ueber die Zusammenfügung des neuen Kabinetts wird weiter gemeldet:

Staatssekretär für Landwirtschaft: Lord Salisbury.  
Vizepräsident: Lord Cave.  
Sekretär für Schottland: Lord Gilmour.  
Staatssekretär für Unterrichtsweesen: Lord Borchers.  
Staatssekretär für Wohlfahrt: Neville Chamberlain.  
Generalstaatsanwalt: Douglas-Scott.

## Günstige Aufnahme.

London. (Funkpruch.) Baldwins neue Regierung findet in einem großen Teil der Presse eine günstige Aufnahme. Die Blätter begrüßen die in der Zusammenfügung des Kabinetts zum Ausdruck kommende Wiedervereinigung der konservativen Partei und betonen, daß die neue Regierung eine weit härtere sei als die letzte Baldwinregierung. Große Ueberraschung rief Churchills Ernennung zum Schatzkanzler hervor. Daily Graphic schreibt, durch die Rückkehr zu seinem früheren Gewandte der Ernennung eines Schatzkanzlers mit freihändlerischen Anschauungen habe Baldwin sein Wahlversprechen neu bekräftigt. Chamberlain als Staatssekretär des Inneren betreibe ein neues Feld der Tatkraft, für das er jedoch durch seine Erfahrung bestens geeignet sei. — Die radikale Daily News schreibt, Baldwin habe Chamberlain persönlich übergeben dem Hauptzweck, die stärkstmögliche Regierung zu schaffen, geopfert. Churchills Ernennung zum Schatzkanzler sei eine ausgezeichnete Wahl. Die Welt begrüße auch Chamberlains Ernennung zum Staatssekretär des Inneren. Er sei ein kompetenter und vorsichtiger Staatsmann. — Daily Mail sagt, die willkommenste Ueberraschung sei die Ernennung Churchills zum Schatzkanzler. Sie bedeute, daß Baldwin bestrebt sei, die Wiedervereinigung der konservativen Partei zu vollenden. — Westminster Gazette schreibt, die Regierung stelle jetzt eine mehr oder weniger homogene Körperlichkeit dar. — Daily Telegraph sagt, die neue Regierung verspreche Kraft und Fortschritt zu sein. Daily Telegraph und das Organ der Liberals, die Morning Post begrüßen die Ernennung Chamberlains zum Staatssekretär des Inneren. Das letztgenannte Blatt schreibt, Chamberlain sei unter den auswärtigen Diplomaten in London beliebt. Seit seiner Jugend habe er sich mit den Problemen Frankreichs und Deutschlands befaßt, wo er zum Teil seine Erziehung erhalten hat. Chamberlain habe stets der Lage Frankreichs Sympathie entgegengebracht. Wenn Chamberlain Frankreichs Forderung nach Sicherheit beibehalten könne, so werde er die halbe Schlacht gewonnen haben, aber er müßte sich rasch entscheiden, denn alle Berichte aus Paris deuteten darauf hin, daß wenn Frankreich nicht die sichere Freundschaft Großbritanniens als Schranke gegen gegen einen Ausbruch des deutschen Chauvinismus erhalten könne, es jenseits des Rheins blicken und eine Vereinigung mit seinem früheren Feinde herbeiführen könnte. — Das Arbeiterorgan Daily Herald schreibt, die Freunde der neuen Regierung Baldwin tritten sich bereits über die Zusammenfügung des Kabinetts. Dies zeige, daß die Tory-Mehrheit leicht in Stücke gehen könne.

## Wiederkehr Dr. Dergts?

Berlin. Von maßgebender deutschnationaler Seite erfahren wir, daß der Einfluß Dr. Dergts auf die Politik der Partei nach wie vor die Haltung der offiziellen Parteileitung beherrscht. Es könne gar kein Zweifel darüber vorliegen, daß Dr. Dergt schon in sehr kurzer Zeit wieder zur Leitung der Partei berufen werde, da seine Persönlichkeit die beste Gewähr für die Durchführung einer entschlossenen politischen Linie bietet. Die Auseinandersetzungen, die innerhalb der letzten Wochen in der Partei stattgefunden, seien keineswegs so schwerwiegend der Natur gewesen, daß man von einer wirklich ernsthaften Verdrängung Dr. Dergts aus der Parteileitung sprechen könne.

## Die Wahlfreiheit im besetzten Gebiet.

Die Reichsregierung hat sich wegen der Freiheit der Wahllegitimation im besetzten Gebiet, besonders der Versammlungsfreiheit und der Freiheit der Presse, mit den Regierungen der Besatzungsmächte in London, Paris und Brüssel in Verbindung gesetzt. Nach den von diesen Regierungen gegebenen Zusicherungen kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Wahlvorbereitungen und die Wahl von den Besatzungsbehörden in keiner Weise behindert werden.